



HESSISCHER LANDTAG

15. 01. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Den Krieg und das Sterben in der Ukraine endlich beenden

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die US-Biden-Administration der entscheidende Unterstützer der Ukraine im Krieg mit Russland war. Die Ankündigung des neugewählten 47. US-Präsidenten Donald Trump, dass er den Krieg zwischen der Ukraine und Russland beenden werde, bietet Hoffnung auf ein Ende des Sterbens in der Ukraine. Auch Bundeskanzler Scholz (SPD) sprach sich bereits im September 2024 für intensivere diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine aus.
2. Der Landtag sieht eine Chance, die bisherige Konfrontationsstrategie zu überwinden, Gespräche mit den USA und den weiteren Akteuren des Konflikts zu führen und dabei jedwede mögliche diplomatische Initiative zur Beendigung des Krieges zu unterstützen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrats zeitnah zusammentritt und sich dort für eine aktive Friedenspolitik zu verwenden, die darauf ausgerichtet ist, einen Waffenstillstand sowie diplomatische Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien im Ukraine-Krieg herbeizuführen
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für ein Ende der Waffenlieferungen einzusetzen, was auch eventuelle künftige Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine beinhaltet.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von der Bundesregierung konkret in Erfahrung zu bringen, wann, wo und mit welchen Gesprächspartnern die vom Bundeskanzler angekündigte Friedenskonferenz mit Russland stattfinden soll, inwieweit und mit welchen Mitteln das Land Hessen diese Initiative unterstützen kann und welche konkreten Ziele im Rahmen der Verhandlung vereinbart werden sollen;
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die zur Erreichung von Friedenszielen ungeeigneten Sanktionen beendet werden und so die für einen dauerhaften Frieden notwendige soziale und wirtschaftliche Infrastruktur geschützt werden kann.

Begründung:

Der Russland-Ukraine-Krieg währt mittlerweile über 1.000 Tage. Zur Zahl der getöteten oder verwundeten Soldaten und Zivilisten auf ukrainischer und russischer Seite liegen stark voneinander abweichende Zahlen vor. Schätzungen zufolge sind seit Kriegsbeginn über 115.000 russische Soldaten gefallen und mehr als eine halbe Million verwundet worden.

Laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sind (Stand Ende Februar 2024) seit Beginn des russischen Angriffs 31.000 ukrainische Soldaten getötet worden. Das „Wall Street Journal“ berichtete im September 2024 von 80.000 getöteten und 400.000 verwundeten ukrainischen Soldaten. Der Russland-Ukraine-Krieg hat darüber hinaus laut Zählungen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) bis zum 31. Juli 2024 mindestens 11.520 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gefordert, darunter mindestens 633 Kinder.

Diese Zahlen sollten aus Sicht der Kriegsparteien Grund genug sein, Friedensverhandlungen aufzunehmen, zumal ein Ende des Tötens derzeit nicht absehbar ist. Auch Deutschland und Hessen sollten ein vitales Eigeninteresse an Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine haben. Schließlich bezifferten Wirtschaftsforscher die Kosten des Krieges in der Ukraine für Deutschland bisher auf mehr als 200 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Bereits im Jahr 2023 lagen die geschätzten Kosten der Russland-Sanktionen pro Haushalt bei 14.000 Euro.

Zeitnahe Friedensverhandlungen sind auch deshalb unabdingbar, weil seitens der Bundesregierung im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine keine klaren Ziele kommuniziert werden bzw. aus Leerformeln wie die des ehemaligen Bundesfinanzministers bestehen („Wir unterstützen die Ukraine, denn sie ist angegriffen worden als freies Land vom Aggressor Wladimir Putin.“). Dieser Aussage folgend könnten Krieg und Unterstützung ewig dauern.

Die Lieferung immer weiterer Waffen – neben den u. a. bereits zu Verfügung gestellten 88 Kampfpanzern Leopard 1 A5, den 140 Schützenpanzern Marder, den 18 Kampfpanzern Leopard 2, den fünf Mehrfachraketenwerfern Mars II und den 24 Panzerhaubitzen 2000 an die Ukraine – wäre die Folge, ohne dass das Töten ein Ende finden würde.

US-Präsident Biden hatte der Ukraine kürzlich die Genehmigung erteilt, US-Waffen mit großer Reichweite gegen Ziele tief im russischen Gebiet einzusetzen, was von der Ukraine durch einen Einsatz von ATACMS-Raketen bereits in die Tat umgesetzt wurde. Auch Großbritannien und Frankreich wollen – dem folgend – ihre Einsatzregeln ändern. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz bekundete bereits im Oktober, der Ukraine deutsche Marschflugkörpern vom Typ „Taurus“ mit einer Reichweite von 500 Kilometern liefern und die Reichweitenbegrenzung aufheben zu wollen.

In Reaktion auf den Angriff mit US-ATACMS-Raketen hat Russland seine Atomdoktrin überarbeitet, in dem auch ein Angriff eines nicht atomar bewaffneten Staates (Ukraine) mit Unterstützung von Atommächten (USA, Großbritannien, Ukraine) mit einem russischen Atomschlag beantwortet werden kann. Damit würde eine weitere Eskalationsstufe im Ukraine-Krieg erreicht.

Anstatt darüber zu sinnieren, dass eine Ukraine-Friedenskonferenz die deutsche Sicherheit gefährden würde, könnte die Hessische Landesregierung mit den Fraktionen des Hessischen Landtags ein konkretes Zeichen für den Frieden setzen, wofür laut dem Bundeskanzler „jetzt der Moment ist“.

Daran knüpft auch die Erklärung des Bundeskanzlers nach dem vierten Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenskyj in Berlin an, wonach es nach der sog. Bürgenstock-Friedenskonferenz im Juni 2024 in der Schweiz eine weitere Konferenz geben sollte, an der auch Russland beteiligt sein soll.

Diplomatie und das Ringen um einen Waffenstillstand statt Waffenlieferungen und Kriegsrhetorik sollten Maßstab und Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein.

Wiesbaden, 15. Januar 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe